Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 79 (1985)

Heft: 1

Artikel: Diskussion : pro und contra Armeeabschaffungs-Initiative : die Initiative soll ein Umdenken einleiten und erzwingen ; Das Plebiszit für die Armee ist vorprogrammiert

Autor: Meier, Max / Spieler, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143170

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pro und contra Armeeabschaffungs-Initiative

Die Initiative soll ein Umdenken einleiten und erzwingen

In der Novembernummer der «Neuen Wege» hat Redaktor Willy Spieler mit den nachfolgenden Sätzen die Initiative zur Abschaffung der Armee abgelehnt:

«Sie würde nicht nur kläglich scheitern, vielleicht nicht einmal zustandekommen. Diese Niederlage müsste auch die Friedensbewegung schwächen und dem Militarismus in der Schweiz zusätzlichen Auftrieb geben. Es ist eine schlechte Strategie, den Gegner dort anzugreifen, wo er am stärksten ist.»

Als einer der Erstunterzeichner der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» (GSoA) hat mich diese Stellungnahme der «Neuen Wege» tief enttäuscht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es die Meinung der Mehrheit ist, die unter den Anhängern von Leonhard Ragaz nach einer gewalteten Diskussion zustandegekommen ist. Es kann sich nur um die persönliche Meinung von Willy Spieler handeln.

Auch Ragaz wäre für eine «Schweiz ohne Armee»

Ich bin felsenfest überzeugt, dass Leonhard Ragaz, lebte er heute noch unter uns, unter der wachsenden Drohung des Nuklearkrieges, zu den Initiativträgern einer «Schweiz ohne Armee» gehören würde. Der Satz: «Es ist eine schlechte Strategie, den Gegner dort anzugreifen, wo er am stärksten ist», kommt einer Verurteilung der antimilitaristischen Hauptstossrichtung in der Lebensarbeit von Leonhard Ragaz gleich. Er hat mit einer jedem Opportunismus abholden Grundsätzlichkeit, dort angegriffen, wo das herrschende Grossbürgertum am stärksten ist. Darum hat er auch den Hass der Kreise um die NZZ voll auf sich gezogen.

Ich hörte Ragazens zornige Worte zum erstenmal, als der Ragazanhänger Pfarrer Goetz in einer Winterthurer SP-Versammlung im Januar 1933 aus den «Neuen Wegen» vorlas, was Ragaz über die blindwütige Schiesserei einer Rekrutenschule am 9. November 1932 in Genf geschrieben hat. Das machte mir einen unauslöschlichen Eindruck, und ich fühlte, dass ich in diesem Manne einen geistigen Lehrmeister gefunden hatte, der den marxistischen Antimilitarismus kühn mit dem christlichen verband.

Als die Sozialdemokratische Partei 1935 auf dem Luzerner Parteitag die militärische Landesverteidigung bejahte, trat er aus Protest aus der Partei aus. Und heute, ein halbes Jahrhundert später, nach 55 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges, nach Auschwitz und Maidanek, nach Hiroshima und Nagasaki, nach einem bald 40 Jahre dauernden atomaren Rüstungswettlauf, der allgemein als Ausdruck des Wahnsinns verstanden wird, heute, da die konventionellen und atomaren Armeen nur alles zerstören können, was sie schützen und verteidigen sollten, da wir ganz sicher am grössten Wendepunkt der Menschheitsgeschichte stehen, weil die heutige Waffenentwicklung alle Armeen und Kriege ad absurdum geführt hat, ausgerechnet heute soll es falsch sein, die Abschaffung der Armee im Kleinstaat Schweiz zu fordern?

Die Abschaffung der Armee steht auf wertkonservativem Boden

Willy Spieler macht unter dem Titel «Sinn und Unsinn der Volksinitiativen» Betrachtungen über die altbekannte Tatsache, dass die Linke mit ihren Volksinitiativen am laufenden Band Niederlagen erleidet, dass die Volksabstimmungen durch die «Kerle mit den vielen Millionen» (Gottfried Keller) regelrecht gekauft werden können, dass die

Schweiz also genau so verfilzt und «verbarzelt» ist wie die Bundesrepublik, um dann auszurufen: «Was gar eine Initiative zur Abschaffung der Armee ausrichten soll, bleibt nach all diesen Erfahrungen unerfindlich.»

Da ich aber annehme, dass er dem Gedanken der Armeeabschaffung grundsätzlich ebenso zustimmt wie die Erstunterzeichner der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (Roman Brodmann, Hans Saner, Hans A. Pestalozzi, Andreas Gross, August E. Hohler, Toya Maissen, Franz Renggli, Regula Renschler, Manfred Züfle u.a.) so fühle ich mich aufgerufen, zu erklären, warum auch ich im vollen Bewusstsein des traurigen Schicksals der Initiativen von links und besonders der gescheiterten Vorstösse zur Einführung des Zivildienstes gerade diese Initiative als einer der Erstunterzeichner des GSoA-Aufrufs als sinnvoll und politisch von höchster Dringlichkeit erachte.

Mehr noch als das viele Male verworfene Frauenstimmrecht, die vielen Anläufe zur Altersversicherung und zur Verkürzung der Arbeitszeit gehört die Forderung nach Abschaffung der Armee zu den grossen Träumen der Menschheit, zu den grossen Ideen der grössten Menschen. Das Wort Utopie möchte ich einmal nicht verwenden, denn es ist in letzter Zeit zu einer abgegriffenen Münze geworden.
«Es gibt nichts Grosses in der Welt, das nicht einmal als Torheit ans Kreuz geschlagen worden wäre» (Max Huber).
«Grosse Gedanken müssen fast immer mehrmals in Angriff genommen werden und sind ein Vermächtnis, das die Besten eines Volkes oft von Generation zu Generation einander überliefern» (Carl Hilty).

Wenn nun Willy Spieler Erhard Eppler zitiert mit seiner wichtigen Unterscheidung von Strukturkonservatismus und Wertkonservatismus: «Die Progressiven müssen lernen, dass sie Machtstrukturen nur verändern können, wo sie sich auf Werte berufen können, die tief in der europäischen Tradition verwurzelt sind», so muss ich das Zitat von Eppler sofort präzisieren und fragen: Von welcher Tradition sprichst du, von der europäischen Tradition des Machtdenkens, des Nationalismus und Militarismus oder von der europäischen Tradition des Humanismus, der Friedenssicherung durch Volksherrschaft und des Willens zur Überwindung des Gewaltdenkens? Es gibt bekanntlich zwei europäische Traditionen, jene der herrschenden, ausbeuterischen Oberklasse und jene des arbeitenden Volkes und der humanistischen Intelligenz.

Mit der Initiative auf Abschaffung der Armee stehen wir fest auf wertkonservativem Boden, denn der Friede in Europa ist ein uralter Wert, der im Herzen der riesigen Mehrheit lebt und immer an Weihnachten besungen und gefeiert wird.

Soll ich gar zurückgehen auf den Propheten Jesajas, der vor 2700 Jahren gelebt hat und dessen Wort: «Machet die Schwerter zu Pflugscharen und lernt den Krieg nicht mehr!» in der heutigen europäischen Friedensbewegung so lebendig ist wie nie. Die von Erhard Eppler präsidierte Grundwerte-Kommission der SPD ging 1977 von den drei Grundwerten Freiheit-Gerechtigkeit-Solidarität aus. Heute würde sicher an erster Stelle Frieden stehen, konkreter: «Frieden schaffen ohne Waffen!»

Die dringendste und wichtigste Initiative, die je lanciert wurde

Willy Spieler meint, die Forderung nach Abschaffung der Armee stehe der traditionellen europäischen Denkgewohnheit des «Si vis pacem – para bellum» so radikal entgegen, dass man sie nicht ernsthaft auf dem Wege einer Initiative aufstellen könne. Allzu schockierend wirke das auf das traditionelle Militärdenken. Ich kann nicht verstehen, dass er die beiden zuletzt abgelehnten Initiativen zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen (Atom- und Energie-Initiativen) als sinnvoll, weil Werte bewahrend, gutheisst, die Abschaffungsinitiative aber, die den höchsten Wert bewahren will, das menschliche Leben und mit ihm die menschliche Würde überhaupt, als unsinnig und kontraproduktiv. Gerade weil die Abschaffungsinitiative noch weniger als die andern eine reale Chance hat, so ist sie die dringendste und wichtigste Initiative, die je lanciert wurde. Sie soll die stärkste Machtstruktur, die heilige Kuh, das grosse Tabu Armee attackieren, sie soll ein Umdenken einleiten und erzwingen. Der Club of Rome hat sein aufwühlendes Buch zur Rettung der Umwelt, «Grenzen des Wachstums», bewusst propagiert durch einen Schock, ein heilsames Erschrecken. Das Umdenken ist seit-

her in Gang gekommen und wird durch das Waldsterben beschleunigt.

Ich bin aber felsenfest davon überzeugt, dass die grüne Welle des Umweltschutzes für die herrschende Schicht und die Massenmedien teilweise bewusst als Ablenkung von der Totalbedrohung des Atomkrieges gefördert wird, um die andere Welle der Massenfriedensbewegung zum Verebben zu bringen. Was offensichtlich schon gelungen ist.

Die grüne Welle greift nicht an die Machtstruktur des Kapitalismus, wenigstens bis heute nicht. Die Benzinrationierung in ausreichendem Ausmass wäre ein Schritt dazu. Die Friedenswelle, die die Rüstungsproduktion zum Erliegen bringt und die Armee als Machterhaltungswerkzeug abschaffen will, stösst bei der Oberschicht und den Massenmedien auf brüske Ablehnung.

Das war bis zum Ersten Weltkrieg, da die Arbeiterbewegung zugleich die grosse Friedensbewegung der Welt verkörperte, stets ein Beweis für die Richtigkeit einer Forderung. Ist sie heute in ihrer menschenfreundlichen Auswirkung etwa nicht einsichtig? Sind die Bilder über die verhungerten Kinder in Afrika und die Meldungen über die 3,3 Milliarden für den Leopard-Panzer nicht einsichtig? Ist die grosse Wahrheit, dass die verbrecherisch teuren Waffen töten, auch wenn nicht Krieg ist, nicht für jeden Menschen verständlich? Hier ist heute der Gegner am verwundbarsten, hier ist seine Achillesferse. Umfragen haben ergeben, dass eine Mehrheit der Schweizer bei der Armee am meisten sparen wollen. Aber diese Wahrheit wird systematisch unter Verschluss gehalten.

Die herrschenden grossbürgerlichen Schichten haben seit dem Zweiten Weltkrieg Angst vor einer wirklichen Abrüstung, mit Schrecken denken sie an den Tag, da der Frieden ausbrechen und die Rüstungsprofite verschwinden würden. Sie haben vor einem Frieden ohne Waffen Angst. Gerade darum müssen wir mit der schockierenden Forderung auf Abschaffung der Armee das konservative Denken provozieren und die verfassungsmässig garantierte Gedanken- und Pressefreiheit auf diesem Gebiet bis zum äussersten ausnützen.

Der amerikanische Soziologe Cyrill Wright Mills hat schon 1958 in seinem aufsehenerregenden Buch «Causes of World War 3» unwiderleglich nachgewiesen, dass die Vorbereitung auf den Dritten Weltkrieg die Ursache des Dritten Weltkrieges sei. Er verlangt von den Intellektuellen, dass sie den höchsten Wert vorrangig verteidigen, das menschliche Leben:

«Wir müssen die menschliche Phantasie entfesseln . . . Notwendig sind grosse Zukunftsperspektiven. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Programme die amerikanische Öffentlichkeit ‚entzweien', dass sie ein heftiges Für und Wider erzwingen, dass sie zu wirklichen Streitfragen werden.

Wir haben nicht bestehende Standpunkte aufrechtzuerhalten, wir haben neue zu schaffen. Und wir müssen begreifen, dass die Fähigkeit, radikale Ansichten und höhere Standpunkte zu formulieren, ein Vorteil ist.

Ohne grosse Zukunftsperspektiven . . ., ohne kühne Programme, ohne nachdrückliche Debatten haben wir keine Möglichkeit, uns selber und die öffentlichen Kreise auf die wirklichen Bedingungen des Friedens auszurichten.»

Mit unserer Initiative möchten wir erreichen, dass über die Armeeabschaffung und die effiziente Verhinderung des Menschensterbens in den Parlamenten und Zeitungen ebenso heftig gestritten wird wie über das Waldsterben. Es gibt angesichts des Zeitungssterbens der Linken und der Presseübermacht der Rechten im Verhältnis 20:1 in der Schweiz nur das Mittel der Volksinitiative, um das Wählervolk zu erreichen und die Massenmedien zu zwingen, sich mit neuen kühnen Zukunftsideen auseinanderzusetzen. Cyrill Wright Mills gibt eine überzeugende Begründung für die Notwendigkeit unserer Initiative. Gerade weil wir uns keinerlei Illusionen machen, dass sie angenommen wird, sind wir die Aufgabe angegangen, die Phantasien zu entfesseln, was eine Schweiz ohne Armee sein könnte.

Noch ein oder zwei Jahre gründliche Vorarbeit bis zur Unterschriftensammlung

Dabei gibt es in der «Gruppe Schweiz ohne Armee» noch zwei umstrittene Fragen. Die einen drängen und möchten bereits im Frühling 1985 mit der Unterschriftensammlung beginnen, wobei sie die Unterstützung durch gesinnungsverwandte Kreise – die Träger der

bisherigen Zivildienstvorstösse und die SP – sträflich vernachlässigen. Das Vorhaben ist tatsächlich so radikal und kühn, die Initiative ist eine einmalige Jahrhundertsache, dass ein oder zwei Jahre der gründlichen Vorarbeit unbedingt nötig sind. Die Auseinandersetzung um die SP-Initiative zur Einführung des Rüstungsreferendums sollte zu dieser geistigen Vorbereitung unbedingt abgewartet und ausgenützt werden. In dieser Hinsicht hat der St. Galler Parteitag der SPS mit der wuchtigen Ablehnung des 3,3 Milliardenkredits für den Leopard-2-Panzer einen ersten Markstein gesetzt. Die innerparteiliche Durchsetzung einer «Friedenspolitischen Kommission» der SPS, die die Grundsatzfrage der Anerkennung der Landesverteidigung endlich wieder aufwirft, anstelle der bisherigen «Sicherheitspolitischen Kommission», die als Feigenblatt zur Rechtfertigung der Sicherheit mit Waffen gedient hat, muss ein weiterer Schritt sein.

Für die Einführung eines schweizerischen Sozialdienstes durch eine Anschluss-Initiative

Gerade weil wir mit der bloss negativen Idee einer Abschaffung der Armee keine reale Chance haben, sollten wir mit einer Anschluss-Initiative die Phantasie entfesseln, wie eine Schweiz ohne Armee aussieht, wie die 7 Milliarden für die Armee gemeinschaftsbildend und friedenssichernd eingesetzt werden können, wie die sogenannt positiven Elemente des Militärdienstes – Kameradschaft, Gefühl der Zusammengehörigkeit, des Einsatzes für das Gesamtwohl, Sicherung der Unabhängigkeit – mit andern Mitteln als mit Waffen erreicht werden können. Ich denke da an einen schweizerischen Sozialdienst, den ich im beiliegenden eigenen Initiativvorschlag formuliert habe. Über die Form dieses Sozialdienstes im In- und Ausland ist die Dis-

Textvorschlag von Max Meier

Die Artikel 18, 19, 20, 21, 22 und 22bis der Bundesverfassung werden revidiert und erhalten folgenden Wortlaut:

Artikel 18:
Die Schweiz hat keine Armee. Bund, Kantonen, Gemeinden und privaten Vereinen ist untersagt, militärische Streitkräfte auszubilden oder zu halten.

Artikel 19:
Jeder Schweizer und jede Schweizerin leistet einen Sozialdienst zwischen dem 20. und 45. Altersjahr. Er dauert ein Jahr.

Ausländer mit Niederlassungsbewilligung erhalten gegen Leistung des Sozialdienstes die Zuerkennung der politischen Rechte in Bund, Kanton und Gemeinde.

Schweizerinnen werden für das erste und zweite Neugeborene je vier Monate Sozialdienst erlassen.

Artikel 20:
Der Sozialdienst umfasst:
1. im Inland: politisch-wirtschaftlich-soziale Grundbildung, friedenspolitische Vorbereitungsschulung für den Kulturaustausch mit andern Völkern; Unfall- und Katastrophenhilfe, Bergbauernhilfe, Natur-, Heimat- und Kunstgüterschutz, Arbeitsdienste im Umweltschutz, in der Kehrichtbeseitigung und in den Wäldern; Sozialhilfe für Gebrechliche, Invalide, Kranke, Pflegebedürftige, Alte; Kulturförderungsdienste in Erwachsenenbildung, Literatur, Film, Theater und Musik.
2. im Ausland: friedensfördernde, feindbildabbauende Kulturdienste in Ländern des Warschauer Paktes; sprachfördernde Kulturaufenthalte in fremdsprachigen Industrieländern; handwerkliche Förderhilfe in Drittweltländern, Hunger- und Katastrophenhilfe.

Artikel 21:
Organisation, Finanzierung und Gesetzgebung des Sozialdienstes ist Sache des Bundes. Grundausbildung, Ausrüstung und Bekleidung der Sozialdienstpflichtigen geschieht im Rahmen der diesbezüglichen Bundesgesetzgebung durch die Kantone.

Artikel 22:
Die Bundesaufwendungen für den Sozialdienst betragen zwei Prozent des jährlichen Bruttosozialproduktes.

Der Verdienstersatz für die Dienstleistenden wird von den Arbeitgebern getragen.

Gebäude und Einrichtungen der bisherigen Armee werden nach Möglichkeit für den Sozialdienst verwendet.

Artikel 22bis:
Alle die Existenz der Armee betreffenden weiteren Verfassungsbestimmungen in der Bundesverfassung sind aufgehoben.

kussion noch zu führen. Ohne diesen zweiten, unbedingt positiven, aufbauenden Teil des Armeeabschaffungsgedankens können wir insbesondere das traditionelle, sehr wertvolle Gedankengut des nationalen und internationalen Zivildienstes, das alle grundsätzlichen Verneiner der Armeen wie Pierre Cérésole, Albert Einstein, Berta von Suttner, Leo Tolstoi, Albert Schweitzer bejaht haben, nicht fruchtbar machen. Es muss uns gelingen, die aktivsten und klarsichtigsten Verfechter der Zivildienstidee für uns zu gewinnen. Dann ist auch ein tiefer Einbruch in die Sozialdemokratie und in die pazifistischen Kreise der Kirche zu erreichen.

Die Zivildienstanhänger sind mit ihrer letzten Initiative gescheitert, weil ein wahlweiser Zivildienst von anderthalbfacher Länge des Militärdienstes sofort als unhaltbare Schwächung der Armee ausgelegt wurde. Es nützte gar nichts, dass die Exponenten im Endkampf um die Wählergunst – für mich und viele andere sehr stossend – beteuert haben, sie seien ja für die Landesverteidigung, für die Armee.

Diese Haltung kommt heute einfach nicht mehr durch. Sie ist zwiespältig, sie riecht nach doppelter Moral. Wer die Erziehung und die Pflicht zum staatlich befohlenen und zu lernenden Töten moralisch unerträglich findet, darf sie für die andern nicht einfach bejahen, also moralisch tragbar finden. Da stellt sich denn der Kriegsdienstverweigerer als etwas Höheres und Besseres über die gewöhnlichen Dienstpflichtigen. Das geht heute kaum mehr, weil die seit jeher erwartete Vorbildwirkung auf die grosse Mehrheit einfach nicht funktioniert. Sobald die Zivildienstler den Kriegsdienst für alle abschaffen wollen, sobald sie einen allgemeinen obligatorischen friedlichen Sozialdienst für alle, auch die Frauen, fordern, erhält ihre Forderung eine radikale, vollständig glaubwürdige Durchschlagskraft. Die möglichst aktive Beteiligung der Zivildienstanhänger an der Unterschriftensammlung für die Abschaffung der Armee könnte übrigens die Bundesräte und die höchste Armeeführung am ehesten dazu führen, eine neue Zivildienstvorlage in Richtung der freien Wahl zu gebären.

Weil es noch sehr viel zu diskutieren gibt und viele Mitkämpfer zu gewinnen sind, ist eine Hinausschiebung des Unterschriftenbeginns unbedingt nötig. Max Meier

Das Plebiszit für die Armee ist vorprogrammiert

Max Meiers Kritik an meiner Warnung vor der kontraproduktiven Wirkung der geplanten Armeeabschaffungs-Initiative gibt mir die Gelegenheit, das in den «Zeichen der Zeit» vom letzten November Gesagte zu ergänzen und zu vertiefen. Meine Antwort erfolgt im persönlichen Namen und nicht als «Stellungnahme der ‚Neuen Wege'». Aber selbstverständlich weiss ich mich dabei der «Sache» der «Neuen Wege» verpflichtet, also auch der «Abrüstung als Mission der Schweiz», wie Leonhard Ragaz eines seiner prophetischen Manifeste überschrieb. Was ich ablehne, ist die unbedachte Lancierung einer Initiative, die im heutigen Zeitpunkt das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung, nämlich ein massives Plebiszit für die Armee, auslösen müsste. Aber auch der Initiativtext vermag mich nicht zu überzeugen, beschränkt er sich doch auf die Negation der Armee, ohne wenigstens die Alternative einer sozialen Verteidigung anzubieten. (Die Forderung nach einer «umfassenden Friedenspolitik» ist so unbestimmt und damit beliebig bestimmbar, dass sie faktisch über eine Leerformel nicht hinauskommt.) Zur Frage, ob sich die Initianten geradewegs auf Leonhard Ragaz berufen dürfen, möchte ich zumindest meine Zweifel anmelden.

Die Abrüstung, die Leonhard Ragaz meinte

Ragaz war eben nicht der bedingungslose Pazifist, als der er von Freund und Feind immer wieder hingestellt wird. Im zweiten Band seiner Autobiographie «Mein Weg» (Zürich 1952) bringt er seinen Friedenskampf auf die These:

«Das Ideal ist ein Volk, das auf Grund eines starken und alle Glieder umfassenden Glaubens an Gott und Christus ohne Schwert kämpft, so wie das Indien Gandhis. Wo diese Voraussetzung nicht vorhanden ist, soll Verteidigung mit den Waffen ihr Recht haben, aber mit dem Bewusstsein der dämonischen Gefahr, die mit der Gewalt und besonders mit dem Schwerte verbunden ist. Und freie Entscheidung für das Gewissen des einzelnen» (S. 281).

Dass wir Schweizer heute das Volk sind, das glaubensstark genug wäre, um sich ge-

waltfrei zu verteidigen, ist kaum anzunehmen. Insofern erweisen die Träger der Armeeabschaffungs-Initiative dem Schweizervolk doch wohl etwas zu viel der Ehre.

An der schweizerischen Sozialdemokratie verurteilte Ragaz zwar die *«immer stärker werdende Neigung zum Einlenken in den gewöhnlichen bürgerlichen Militärpatriotismus»*, er vertrat hingegen *«nicht etwa die Gewaltlosigkeit, die man uns andichtete, sondern bloss die Forderung, dass die Partei sich zu einer rechten Völkerbundspolitik bekenne, statt in jenen bürgerlichen Militärpatriotismus zu verfallen»* (S. 181). Ragaz war denn auch kein Anhänger eines schweizerischen Alleingangs in der Abrüstung:

«Was wir wollten und verlangten, war die Abrüstung der Schweiz im Rahmen der vom Völkerbund proklamierten allgemeinen Abrüstung. Wir meinten nicht, die Schweiz solle allein abrüsten, wohl aber, sie solle im Rahmen der allgemeinen Abrüstungsbewegung vorangehen, einen tapferen Schritt tun und damit ein Beispiel geben, so wie es Dänemark, freilich auch nicht vollkommen, geleistet. Als jene allgemeine Bewegung endgültig gescheitert war, hörte damit auch unsere Forderung an die Schweiz auf» (S. 43).

Da heute von einer «allgemeinen Abrüstungsbewegung» nicht die Rede sein kann, nicht einmal im Bereich der nuklearen und schon gar nicht im Bereich der konventionellen Waffen, ist es ein zumindest voreiliges Unterfangen, Ragaz als Kronzeugen für die geplante Armeeabschaffungs-Initiative anzurufen.

Diese zweifache Voraussetzung einer «Schweiz ohne Armee»: eine christliche oder humane Substanz unseres Volkes einerseits und/oder eine internationale Abrüstungsbewegung andererseits, zeigt jedenfalls auch, dass Ragaz die Grundsatzfrage der Armeeabschaffung sehr wohl mit der Strategiefrage nach dem richtigen Zeitpunkt zu verbinden wusste.

Gerade weil jedoch das Vor- und Nachrüsten in unseren Tagen ein apokalyptisches Ausmass angenommen hat, wie es Ragaz noch nicht vor Augen stand, und weil in der Tat, wie Max Meier schreibt, «die heutige Waffenentwicklung alle Armeen und Kriege ad absurdum geführt hat», versage ich mir das abschliessende Urteil über die Haltung, die Ragaz heute zu einer Armeeabschaffungs-Initiative einnehmen würde. Ohnehin müssen wir religiöse Sozialisten unsere Entscheidung selber finden, im aufrichtigen Austausch unserer Argumente. Ragaz wollte keine Epigonen.

Zur wertkonservativen Begründung und Strategie der Armeeabschaffung

Max Meier hat recht: Die Abschaffung der Armee lässt sich wertkonservativ begründen. Auch die Schweizer Armee gefährdet zunehmend Werte, die sie zu verteidigen vorgibt:

– Sie nimmt uns «Heimat», indem sie sich an der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen beteiligt.

– Sie dominiert unser politisches System, indem sie der militärischen «Sicherheit» die soziale Sicherheit (z.B. Militärausgaben gegen Sozialausgaben), die individuelle Freiheit (z.B. die Gewissensfreiheit des Militärverweigerers) und auch den demokratischen Diskurs (z.B. durch die politische Indoktrination der Militärdienstleistenden) unterordnet.

Nur reicht diese Begründung nicht aus, um den Kampf für die vorgesehene Initiative zu bestehen. In meinen «Zeichen der Zeit» vom November des Vorjahres habe ich zu zeigen versucht, dass Initiativen dann eine Chance haben, wenn sie sich nicht nur wertkonservativ begründen lassen, sondern wenn diese Begründung auch konkret einsichtig gemacht werden kann. Als weiteres Kriterium habe ich hinzugefügt, dass die Trägerschaft solcher Initiativen sich nicht auf die politische Linke beschränken, sondern möglichst breit gefächert sein sollte. Keinem der drei Kriterien vermag die vorgesehene Initiative ausreichend zu genügen. Der Misserfolg ist daher vorprogrammiert. Er könnte vernichtender gar nicht mehr ausfallen.

1. Das Begründungsdefizit einer Negation ohne Alternative

Die wertkonservative Argumentation für die Initiative ist zwar gegeben. Doch die andere Seite wird ebenfalls wertkonservativ argumentieren. Sie wird die Werte benennen, die sie für verteidigenswert hält, darunter Grundrechte und demokratische Freiheiten, an denen wir mindestens ebensosehr festhalten wie das politische Bürgertum. Und in der Tat gehört es zum Wesen echter Werte, dass man bereit ist, sie zu verteidigen.

Gewiss darf der Wille zu solcher Verteidigung nicht mit einer militärischen Abwehrbereitschaft gleichgesetzt werden. Das ist wohl auch die Meinung der Initianten. Warum aber zeigen sie dann nicht wenigstens eine Alternative zur militärischen Verteidigung auf? Warum geben sie sich in der Frage nach einer solchen Alternative genauso ratlos wie ihre Gegner? Warum haben sie insbesondere darauf verzichtet, die *soziale Verteidigung* als Form des zivilen Widerstandes in den Initiativtext aufzunehmen? Dieser Mangel wiegt schwer. Mit dem Konzept einer schrittweisen Ablösung der militärischen Verteidigung durch die soziale Verteidigung wäre die wertkonservative Begründung für eine Armeeabschaffungs-Initiative um einiges schlüssiger zu erbringen. Mit diesem Konzept wären aber auch kirchliche Kreise ansprechbar, die im Sinne der Römischen Bischofssynode von 1971 eine «Strategie der Gewaltlosigkeit» (De justitia in mundo, Nr. 64) fördern möchten.

Das Fehlen der sozialen Verteidigung im Initiativtext ist mir um so weniger verständlich, als einer der führenden Initianten, Andreas Gross, in den «Neuen Wegen» vom Oktober 1981 «die 'soziale, gewaltlose Verteidigung' als Alternative zur militärischen Landesverteidigung» bezeichnet und uns angekündigt hat: «Diese überlebenssichernde Form der Verteidigung möchten die Jungsozialisten für die Schweiz konkretisieren und in der Bevölkerung verankern» (S. 285).

2. *Das Begründungsdefizit des abstrakten Argumentierens*

Die Argumentation für die Initiative arbeitet mit einer Reihe abstrakter Hypothesen, etwa mit der Wahrscheinlichkeit, dass ein Krieg in Europa früher oder später mit Nuklearwaffen ausgetragen würde, und der Unmöglichkeit, die Schweiz in einem solchen Atomkrieg militärisch zu verteidigen, dann aber auch mit der Entmythologisierung des Sowjetsystems, das nicht die aggressive Macht sei, die in jedes militärische Vakuum eindringen würde, wenn sie nur könnte. Diese Hypothesen haben, auch wenn sie zur Zeit nicht im strengen Sinn verifizierbar sind, einen hohen Wahrheitsgehalt; aber ich befürchte, dass sie für den gegenwärtigen Bewusstseinsstand unserer Bevölkerung zu abstrakt bleiben, um auch nur den geringsten Gesinnungswandel zu bewirken. Die andere Seite wird mit ihren eigenen Hypothesen anrücken, etwa mit der Annahme, dass die Armeen benachbarter Staaten im Konfliktfall versuchen könnten, eine waffenlose Schweiz zu besetzen, um sich ein Verteidigungsglacis zu sichern. Darüber hinaus wird sie mit grobschlächtigsten Feindbildern aufwarten und diese selbstverständlich auch auf die Initianten projizieren. «Das abgrundtiefe Niveau, auf dem die militaristischen Zivildienstgegner argumentieren konnten, ohne sich lächerlich zu machen» (Andreas Gross, GSoA-Infos, März 84, S. 27), zeigt, dass mit abstraktem Argumentieren gegen die geradezu archetypischen Urängste vor allem Fremden und – in Verbindung damit – den tiefsitzenden, irrationalen und darum um so wirksameren Antikommunismus nicht anzukommen sein wird.

Die Armee ist eben nur die Spitze eines Eisbergs in einem Kältestrom von sozialpsychologischen Abwehrreflexen, kollektivem Imponiergehaben, handfesten ökonomischen Interessen, instrumenteller Vernunft usw. Wer die Armee abschaffen will, der sollte nicht wie gebannt auf die Spitze starren, sondern den ganzen Eisberg zum Schmelzen bringen. Der Wärmestrom, der das fertig brächte, hätte verschiedene Quellen. Ich nenne als Beispiele:

– eine aktive Friedenspolitik innerhalb der UNO mit dem Auf- und Ausbau des in der UNO-Charta vorgesehenen Systems der kollektiven Sicherheit als weltrechtlicher Alternative zum nationalstaatlichen Militarismus (Ragaz hatte übrigens keine Bedenken, der Schweiz die Beteiligung auch an militärischen Sanktionen des Völkerbundes zu empfehlen);
– eine echte Neutralitätspolitik als Brückenschlag zwischen West und Ost, Nord und Süd, als Versuch auch, Feindbilder abzutragen (womit nicht gesagt sein soll, dass wir a priori niemals Feinde hätten);
– eine Entwicklungspolitik, die diesen Namen verdient und vor allem der Tatsache Rechnung trägt, dass die einzigen Aggressionen, die von der Schweiz ausgehen, nicht unmittelbar militärischer, sondern ökonomischer Natur sind (auch insofern setzt die Armeeabschaffungs-Initiative falsche Prioritäten);

– die Einführung des Rüstungsreferendums, um den Stellenwert unserer Militärausgaben im Gesamtbudget der Eidgenossenschaft, aber auch im internationalen Kontext zu hinterfragen (alle Meinungsumfragen zu diesem Thema deuten darauf hin, dass der Schweizer Souverän zuerst bei den Militärausgaben sparen möchte);
– ein generelles Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial, verbunden mit Vorschlägen für die Rüstungskonversion (eine weitere Schwäche des Initiativtextes liegt darin, dass er die Herstellung und den Export von Kriegsmaterial nach wie vor zuliesse);
– die Anerkennung des Rechts auf Militärverweigerung, verbunden mit einem friedensfördernden Zivildienst (ohne diese Anerkennung wird es in der Schweiz nie das einigermassen dialogfreundliche oder doch repressionsfreie Klima geben, das nötig ist, um über die Existenzberechtigung der Armee rational diskutieren zu können);
– die Gründung eines Friedensforschungsinstitutes (dieses könnte dem rationalen, «herrschaftsfreien» Diskurs über Sinn und Unsinn unserer Armee mit wertvollen Argumentationshilfen zur Seite stehen).

Nur mit solchen verhältnismässig konkreteren Schritten leisten wir längerfristig den Beitrag, den die Armeeabschaffungs-Initiative kurzfristig und leider kurzschlüssig verwirklichen möchte.

3. Das Strategiedefizit der fehlenden Basis

Zu den Begründungsdefiziten kommt als besonderes Strategiedefizit hinzu, dass die Basis für die Armeeabschaffungs-Initiative viel zu klein geblieben ist. Diese Basis umfasst nicht einmal alle Gruppen, die sich zur Friedensbewegung zählen, nicht den Schweizerischen Friedensrat, nicht die Frauen für den Frieden, nicht den Versöhnungsbund. Ja, sie hat so ziemlich die gesamte politische Linke gegen sich: SP und Gewerkschaften, Poch und PdA. Woher aber nehmen die Initianten den Glauben, sie könnten neue Bevölkerungskreise für ihr Anliegen gewinnen, wenn sich ihnen selbst jene politischen Kräfte versagen, die noch am ehesten für eine konsequente Friedenspolitik ansprechbar wären?

Noch kläglicher ist die Zahl von Leuten, die überhaupt in der Lage wären, ihre Armeekritik argumentativ und öffentlich zu vertreten. «Zwei Dutzend» waren es vor einem Jahr gemäss Andreas Gross (GSoA-Infos, März 84, S. 29). Daran hat sich in der Zwischenzeit nicht viel geändert. «Das ist für ein solches, nationales und umwälzendes Projekt aber eine viel zu schmale Basis» (a.a.O.).

Die kontraproduktive Wirkung der Initiative

Erhebungen des Meinungsforschungsinstituts Isopublic in den Monaten September und Oktober 1984 haben ergeben, dass nur gerade 12 Prozent der Schweizer Bevölkerung die Armee ablehnen. In einer Volksabstimmung dürften diese Prozentzahlen eher noch abnehmen – wie immer, wenn die Gegner alle Register der Propaganda und der Demagogie ziehen können. «Eine grosse nationale Debatte über die Armee ist nur zu begrüssen», meint ein selbstsicherer Jean-Pascal Delamuraz, Vorsteher des EMD; denn «die geplante Volksinitiative zur Abschaffung der Armee» mache ihm «nicht Angst» und sei «völlig aussichtslos». Und genüsslich wird in seinem Departement der norwegische Friedensforscher Johan Galtung zitiert, der im Vorjahr die Schweiz als «das sicherste Land Europas» bezeichnet und der «klugen» schweizerischen Verteidigungspolitik eine «gute Note» erteilt hat (vgl. GSoA-Infos, Juli 84, S. 47).

Die Initiative wäre für ihre Gegner ein politisches Fliegengewicht, aber eben auch ein willkommener Anlass, die militaristische Propagandawalze in Bewegung zu setzen. Sie könnten sich dabei auf den ganzen Militärapparat, fast die gesamte Presse, ausnahmslos alle Parlamentarier in den eidgenössischen Räten und schier unerschöpfliche Geldmittel stützen. Und das ist der grösste Vorwurf, den ich den Initianten machen müsste, wenn sie ihre Initiative im März wirklich lancierten: dass sie als die unfreiwilligen Promotoren eines massiven Plebiszits für die Armee in die Geschichte eingehen würden.

Kontraproduktiv wäre die Initiative auch darum, weil sie sich als Spaltpilz innerhalb der Friedensbewegung erweisen müsste. Die Friedensbewegung kann stark nur sein, wenn sie sich in ihren wichtigsten Prioritäten einig ist. Der «Streit der Friedfertigen», den die Initiative schon vor ihrer Lancierung auslöst, bringt uns daher dem Frieden nicht näher, im Gegenteil.

Nicht weniger kontraproduktiv ist eine Strategie, die in der heutigen Situation die Arbeiterbewegung, insbesondere die SPS, dazu zwingt, ihr Ja zur Armee zu bekräftigen. Und hier beginne ich mich doch noch mit Max Meier zu treffen. Der Kampf um eine konsequente Friedenspolitik müsste vor allem in der SPS geführt werden. Mit dieser Partei geht gewiss alles viel langsamer, aber ohne diese Partei geht überhaupt nichts.

«Heute wäre die Lancierung der Initiative ein viel zu grosses Wagnis. Ich kann es nicht verantworten, weil ich das Nichtzustandekommen der Initiative in keinem Fall riskieren will. Denn dies würde die ganze antimilitaristische Bewegung in der Schweiz um mindestens zwölf Jahre zurückwerfen (hinter den Stand, der mit dem Beinaherfolg der Waffenausfuhrverbotsinitiative 1972 erreicht worden ist). Das würde aus unserer Idee eine kalte Rechtfertigung des Absolutheitsanspruchs machen, mit dem das Schweizer Militär aufzutreten gewohnt ist, und dieses Auftreten auf absehbare Zeit demokratisch sanktionieren.» Warum Andreas Gross, der Verfasser dieser nach wie vor zutreffenden Kritik (GSoA-Infos, März 84, S. 29), innert weniger Monate seine Meinung geändert hat, muss er uns schon selber sagen.

Willy Spieler

Die hier vorgesehene Stellungnahme von Andreas Gross zum Diskussionsbeitrag von Willy Spieler folgt im nächsten Heft.

Text der Volksinitiative für eine Schweiz ohne Armee

wie er an der GSoA-VV vom 30.9.84 in Solothurn beschlossen wurde
Die Art. 18–22 der Bundesverfassung werden ersetzt durch neu

Art. 18:

1 Die Schweiz hat keine Armee.
2 Bund, Kantonen, Gemeinden und Privaten ist untersagt, militärische Streitkräfte auszubilden oder zu halten.
3 Eine umfassende Friedenspolitik stärkt die Selbstbestimmung des Volkes und fördert die Solidarität unter den Völkern.
4 Die Ausführung dieser Verfassungsbestimmung ist Sache der Bundesgesetzgebung.

Art. 19:

Keine Bestimmung dieser Verfassung darf so ausgelegt werden, dass sie die Existenz einer Armee voraussetzt oder rechtfertigt.

Übergangsbestimmungen

1 Art. 18 und 19 der Bundesverfassung werden binnen 10 Jahren nach der Annahme durch Volk und Stände verwirklicht.
2 Nach dem Zeitpunkt der Annahme der Verfassungsbestimmungen von Art. 18 und 19 durch Volk und Stände werden keine Rekrutenschulen, keine Wiederholungs-, Ergänzungs- und andere militärische Ausbildungskurse mehr durchgeführt.

Hinweise auf Bücher

E. Henning/R. Saage (Hg.): *Konservatismus – eine Gefahr für die Freiheit?* Für Iring Fetscher. Piper-Verlag, München–Zürich 1983. 355 Seiten, DM 48.–.

Die hier vorgelegten Aufsätze erwuchsen aus Referaten und Gesprächsbeiträgen bei einem Symposium, das aus Anlass des 60. Geburtstages von Iring Fetscher vom 18. bis 20. März 1982 in der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt stattfand. Sie sind dem Phänomen des Konservatismus gewidmet, der neben der Analyse des Marxismus und des Rechtsradikalismus einen weiteren Schwerpunkt im umfangreichen Schaffen des Politologen Fetscher bildet.

Bei seiner Kritik an einem «rechten» Untergrund und Nährboden in der Bundesrepublik hat Fetscher immer auf der Einhaltung einer analytisch wie politisch dringend gebotenen Trennungslinie zwischen Konservatismus bzw. Neokonservatismus und Rechtsextremismus bestanden. Dass die Beiträge dieses Sammelbandes sich weitgehend an diesen ideologiekritischen hermeneutischen Ansatz halten, das macht sie nicht nur sympathisch, sondern lässt sie zu einer aktuellen Diagnose der Gegenwart mit ihren soziopolitischen Tendenzen in den grossen Industriestaaten des Westens werden. Das gilt für die Untersuchungen zur «Begrifflichkeit und historischen Dimension des Konservatismus» (I) ebenso wie für die Analysen zum «Neokonservatismus in den USA und in Frankreich» (II); interessant ist hierbei der Hinweis auf die allgemeine religiöse Fundierung der amerikanischen politischen Kultur, die als Quelle mancher neokonservativer Entwicklungen in Betracht zu ziehen ist.